

Innensenator für Alkoholverbot in Bus und Bahn

Von Florian Hanauer und Martin Kopp 22. Mai 2010, 04:00 Uhr

Sicherheit im Nahverkehr wird Thema auf der Innenministerkonferenz - Opposition drängt auf Paket mit Waffenverbot

Ein komplettes Alkoholverbot im öffentlichen Nahverkehr in Hamburg rückt näher. Jetzt spricht sich auch Hamburgs Innensenator Christoph Ahlhaus (CDU) für ein solches Verbot aus. "Es besteht in der Gesellschaft ein breiter Konsens für ein Alkoholverbot in Bussen und Bahnen", sagte Ahlhaus am Freitag der WELT. "Das ist ein wirksamer Ansatz, Hamburg noch sicherer zu machen. Niemand muss sich in Bussen und Bahnen sinnlos betrinken."

Die damit verbundenen Ausfallerscheinungen und Gewalteskalationen seien nicht mehr hinnehmbar. Ahlhaus: "Ich bitte alle Verkehrsunternehmen, soweit sie noch keine klaren Regelungen haben, intensiv zu prüfen, Alkoholverbote in ihre Beförderungsbedingungen aufzunehmen und auch zu kontrollieren." Eine neue bundesweite Studie zeige die positive Wirkung eines Alkoholverbots im Nahverkehr. Ahlhaus betont: "Das wünschte ich mir auch für Hamburg." Das Thema steht auf der Tagesordnung bei der Innenministerkonferenz in der nächsten Woche in Hamburg.

Schon auf der jüngsten Konferenz war die Sicherheit im Nahverkehr diskutiert worden. Daraufhin wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die die Situation in Deutschland untersuchte. Von rund 700 befragten Nahverkehrsunternehmen haben bereits 380 ein Alkoholverbot eingeführt und positive Erfahrungen gesammelt.

Ein Alkoholverbot ist bei uns im Gespräch", sagte die Sprecherin des HVV, Gisela Becker. "Nachdem der Metronom damit vorgeprescht ist und gute Ergebnisse hat, wollen wir jetzt in diesem Sommer darüber entscheiden, ob die Beförderungsbestimmungen geändert werden." Dabei seien noch Fragen nach der Durchsetzbarkeit oder der Ahndung zu klären. "So muss entschieden werden, ob jeder Alkoholenuss kategorisch abgelehnt wird oder man nur Personen von der Beförderung ausschließt, die sich, die anderen Fahrgäste oder den Betrieb gefährden könnten."

In Hamburg war nach dem brutalen Tötungsdelikt am Jungfernstieg eine Debatte über die Sicherheit im Nahverkehr aufgeflammt. In der Folge setzte sich bereits die SPD für ein Alkoholverbot ein. "Es muss jetzt ein Gesamtpaket geben, das neben einem Alkoholverbot auch ein Waffenverbot in allen Nahverkehrsmitteln umfasst", forderte SPD-Innenexperte Andreas Dressel. In den Beförderungsbedingungen des HVV sind nur geladene Schusswaffen ausdrücklich untersagt. Auch CDU-Fraktionschef Frank Schira mahnte am Freitag, der HVV müsse "alle zur Verfügung stehenden

Möglichkeiten ausschöpfen", um das Problem der Sicherheit in den Griff zu kriegen. Schira: "Wenn Fahrgäste sich unsicher fühlen oder gar bedroht werden, darf die Politik nicht zur Tagesordnung übergehen." Der Fall am Jungfernstieg habe gezeigt, wie schmal der Grat zwischen "Pöbeleien" und einem "tatsächlichen Unglücksfall" sei. Er hielte auch nichts von "bunten Kampagnen - zum Beispiel gegen Alkoholkonsum in Bus und Bahn -, um an die Menschen zu appellieren". Dieses Geld sei besser angelegt, wenn man es in Menschen investiert, die tatsächlich für Sicherheit sorgen.

Im vergangenen Jahr ist die Zahl der Gewalttaten im öffentlichen Nahverkehr um 17 Prozent gestiegen, nachdem sie zuvor über Jahre gesunken war. Seit den Neunzigerjahren wurde die Zahl der Sicherheitskräfte der Hochbahn auf 300 aufgestockt. In der Folge sank die Zahl der Gewaltübergriffe von rund 500 im Jahr auf zuletzt 200. Nach der neuerlichen Zunahme an Vorfällen kamen noch einmal 30 zusätzliche Sicherheitskräfte hinzu.
